



Bernhard Pötter
Wir retten die Welt

Gegen vier Räder hat Hirn keine Chance

Die ruhmreiche 1. C-Jugend des Friedener TSC, wo unser jüngster Fußballspieler, hatte ein Auswärtsspiel. Dienstagabend, am anderen Ende der Stadt. Pokalspiel, da gelten eigene Gesetze, wie man weiß. Der Trainer machte also mobil: Wer sich denn bereit finde, die Jungs mit dem Auto nach Frohnau zu fahren. Mit Bus und Bahn, das könne man den 14-Jährigen doch nicht zumuten.

Wir Eltern waren schwer begeistert. Am späten Nachmittag, mitten in der Rushhour per Auto einmal quer durch die Stadt? Es stellte sich raus: Der Sportplatz lag praktisch direkt am S-Bahnhof der direkten Linie. Allgemeiner Tenor unter uns Eltern: Fahrt mal schön mit der S-Bahn. Ist schneller, sauberer, gesünder, lustiger und ökologischer. Das Ergebnis: Unser Sohn fuhr mit einem Kumpel S-Bahn. Für alle anderen fand sich ein Auto.

So ist das oft bei Debatten zum Verkehr: Die Ratio nimmt gefälligst auf dem Rückspitz Platz. Kosten fürs Autofahren und Stehenlassen? Egal. Der Preis für Gesellschaft und Umwelt? Pff. Wer braucht in der Stadt Vierradtrieb und Panzerung? Jeder dritte Käufer, der sich für ein SUV entscheidet, Inlandsflüge sind schneller als der Zug? Nur, wenn alles glatt geht. Wenn die Bahn sich verspätet, wird laut geschimpft. Den Stau auf der Autobahn nehmen wir als Strafe Gottes klaglos hin.

Seltsamerweise durchzieht dieser Irrglaube an den Homo oeconomicus auch die Verkehrsplanung. Selbst fortschrittliche Denker nehmen an, dass der Mensch sich auf seinen Wegen von der Vernunft steuern lässt. Man müsse Benzin verteuern, den Straßenraum verknappen, vor allem Busse und Bahnen attraktiver machen. Radstreifen, Vorgang für Fußgänger, das ganze Programm. Dann, so die These, sieht es der rationale Mensch schon ein. Er steigt aus dem Pkw aus und aufs Fahrrad. Die Welt ist gerettet.

Da müssen wir jetzt sehr tapfer sein. Meine Erfahrung ist zumindest für die Situation in Großstädten genau das Gegenteil: Sobald vier Räder im Spiel sind, hat das Großhirn keine Chance mehr. Wer Auto fährt, will Auto fahren. Punkt. Wer nicht Auto fährt, bewegt sich meist schneller und bequemer. Egal. Die Preise für Treibstoff könnte der Staat praktisch unbegrenzt anheben. Ein echter Deutscher spart eher beim Essen und trinkt altes Motoröl zum Frühstück als sich von „Preissignalen“ die Spritztour versauern zu lassen. Und darauf, den „öffentlichen Raum mit anderen Bewohnern zu teilen“, pfeifen die meisten, wenn sie bei lauter Musik in ihrer Kiste sitzen können.

Es ist wie oft im Zwischenmenschlichen: Beim Verkehr brennen alle Sicherungen durch. Viele Menschen brauchen das Auto nicht, aber sie können sich ihr Leben nicht anders vorstellen. Egal, ob es um Subventionen, Schutz für Dieselstinker oder kostenloses Parken geht: Das Auto bekommt immer eine Extrawurst. Nicht nur der Pokal hat seine eigenen Gesetze.

Zahl des Tages

73 Wolfsrudel

Die Zahl der Wölfe in Deutschland steigt weiter. Bundesweit seien 73 Rudel und damit 13 mehr als im Vorjahreszeitraum bestätigt, teilte das Bundesamt für Naturschutz (BfN) am Donnerstag mit. Die Zahl der Wolfspaare nahm von 21 auf 30 zu. Die Auswertung des sogenannten **Wolfsmonitorings für 2017/2018** ergab zudem drei sesshafte Einzeltiere. Eine Gesamtzahl der in Deutschland lebenden Wölfe lässt sich laut BfN bestenfalls nur als grobe Schätzung bestimmen, da die Rudelgröße von drei bis elf Tieren variiere. Also: 219 bis 803 Tiere. Und wie viele Schafe und Kälber aus der besonders tierfreundlichen Haltung auf der Weide haben Wölfe gerissen? Das teilte das BfN gestern nicht mit.

Die Rabattwerbeschlacht

Vor allem Onlinehändler werben derzeit mit hohen Preisnachlässen. Verbraucher sollten sich trotzdem gut überlegen, was sie kaufen – und wo

Von **Svenja Bergt**

Vor dem heutigen Black Friday, an dem zahlreiche Händler mit Rabatten werben, warnen Verbraucherschützer vor übereilten Käufen. Händler würden als Ausgangspreis für die Rabatte häufig die UVP, die unverbindliche Preisempfehlung des Herstellers nehmen, so der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv). Die würde allerdings auch ohne Rabatt kaum ein Händler verlangen, vielmehr gelte sie mittlerweile als „Mondpreis“.

Am sogenannten Black Friday, dem letzten Freitag im November, wollten in den USA ursprünglich vor allem stationäre Händler Kunden anlocken. Geschäfte öffnen dort teilweise Stunden vor der normalen Öffnungszeiten. Denn der Tag nach

Thanksgiving gilt als Auftakt des Weihnachtsgeschäfts. In Deutschland hat sich die Praxis vor allem bei Onlinehändlern etabliert – und auch bei den Kunden. Bereits im vergangenen Jahr kannten laut einer repräsentativen Umfrage im Auftrag des Portals mydealz 89 Prozent der Befragten den Anlass. Zwei Drittel der Befragten wollen ihn für Einkäufe nutzen.

Doch nicht nur, dass die gesenkten Preise laut Stichproben der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen längst nicht so weit unter den Normalpreisen liegen, wie die Händler versprechen. Unter die mit Rabattwerben werbenden Händler mischten sich auch Fake-Shops – auf Plattformen wie Amazon Marketplace oder Wish.

Sowohl die Verbraucherzentralen als auch das Portal Finanz-

tip raten: Wer kaufen will, sollte sich vorbereiten. Preise vergleichen und sich nicht unter Druck setzen lassen, auch wenn Anbieter das beispielsweise mit Uhren versuchen, die signalisieren sollen, dass ein Angebot nur für kurze Zeit verfügbar ist, oder mit schrumpfenden Balken auf sinkende Lagerbestände hinweisen wollen.

Derweil versuchen andere Händler, den Hype um den Verkaufstag mitzunehmen und sich gleichzeitig davon abzugrenzen. So kündigt eine Drogeriekette an, fünf Prozent des Tagesumsatzes an Bildungsprojekte zu spenden. Ein Kleidungs-Start-up lässt seine Kunden wählen, ob sie einen Rabatt in Anspruch nehmen oder eine Summe für Baumpflanzungen spenden wollen.

meinung + diskussion 12



So sieht es nach der Braunkohle aus: Das neue Wasser-Einlaufbauwerk zur Flutung des ehemaligen Tagebaus Cottbus-Nord, aus der Grube soll der größte künstliche See Deutschlands mit etwa 19 Quadratkilometern Wasseroberfläche entstehen
Foto: Patrick Pleul/dpa

Kohlekommission auf 2019 verschoben

Umweltverbände und Opposition empört: Bundesregierung gibt Druck ostdeutscher Kohleländer nach. Neue Höchststände von Treibhausgasen in der Atmosphäre

Von **Kai Schöneberg**

Erst wollte sie bereits am kommenden Mittwoch ihre Ergebnisse vorstellen, viel früher als geplant. Jetzt plötzlich will die Bundesregierung die Arbeit der „Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ um zwei Monate verlängern. Der Grund: Die ostdeutschen Kohleländer hatten sich im Kanzleramt dafür eingesetzt, dass das auch als „Kohlekommission“ bekannte Gremium „konkreter“ über Strukturhilfen für betroffene Regionen sprechen soll, bevor der Kohleausstieg festgezurrt wird.

„Wenn das einzig Konkrete an diesem Ausstieg die Festlegung auf das Jahr ist, zu dem dieser erfolgen soll, ist das einfach zu wenig“, sagte Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) am Donnerstag im Landtag in Magdeburg. Er hatte mit dem Regierungschefs von Brandenburg und Sachsen einen milliardenschweren Ausgleichsfonds für die Braunkohlereviere

gefordert. Damit sollen schnelle Internetverbindungen, Straßen, Bahnstrecken, Forschungsinstitutionen sowie die Ansiedelung von Bundesbehörden finanziert werden. Der Strukturwandel müsse vor dem Ausstieg aus der Kohle „erfolgreich“ abgeschlossen sein, hieß es. In der Lausitz oder im Mitteldeutschen Revier werde es am Ende nicht weniger, sondern mehr Arbeitsplätze geben, sagte Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) am Donnerstag im Bundestag. Die Lausitz solle „eine Energieregion“ bleiben, in der künftig „Energie aus erneuerbaren Quellen, aus Gas, aus anderen Quellen produziert wird“.

Umweltverbände und Opposition reagierten empört: „Wir möchten hiermit aufs Schärfste dagegen protestieren und Sie nachdrücklich darum bitten, beim ursprünglich vereinbarten Zeitpunkt zu bleiben“, schrieb die Kommissionsmitglieder Martin Kaiser (Greenpeace), Kai Niebert (Deutscher Naturschutzring) und Hubert Weiger

(BUND). Sie forderten „eine geschlossene Aussprache“ über die Zukunft des Gremiums. „Wie ein Bumerang“ fliege der Bundesregierung die Kommission nun „mit voller Wucht um die Ohren“, sagte der Klimaxperte der Linken im Bundestag, Lorenz Gösta Beutin. Die Verschiebung sei „der neueste Beleg für den grundsätzlichen Konstruktionsfehler und die völlige Überforderung“ des Gremiums. Die Kommission wollte eigentlich in der kommenden Woche Details zu Strukturwandel, Abschaltungen von Steinkohle- und Braunkohlekraftwerken bis 2022 und einen Ausstiegsplan inklusive Enddatum vorlegen. Die Vorschläge sollten vor der Weltklimakonferenz in Katowitz im Dezember ein Zeichen setzen.

Die Konzentration von klimaschädlichen Treibhausgasen hat indes neue Rekorde erreicht. Keine Anzeichen für „eine Umkehrung des Trends, der zu langfristigen Klimawandel, dem Meeresspiegelanstieg, der Versauerung der Meere und

mehr extremen Wettersituationen beiträgt“, sah die Weltwetterorganisation (WMO) am Donnerstag in ihrem Treibhausgas-Bulletin. Die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre stieg danach 2017 von 403,3 ppm (Teilchen pro Million Teilchen) auf 405,5 CO₂, entsteht etwa durch die Verbrennung von Kohle, Öl und Gas oder die Zementproduktion. Die CO₂-Konzentration lag damit 46 Prozent höher als in vorindustrieller Zeit, also vor 1750.

Auch das Kühlmittel CFC-11 oder Trichlorfluormethan kommt zurück. Der Stoff zerstört die Ozonschicht und wirkt ebenfalls als Treibhausgas. Deshalb war er im Montrealer Protokoll 1997 verboten worden. Sein Anteil in der Atmosphäre sank danach kontinuierlich, seit 2012 verlangsamt. Offenbar sind chinesische Schaumstofffabriken die Verursacher. Auch die Konzentration von Methan und Distickstoffmonoxid („Lachgas“) erreichte laut WMO neue Höchststände.

meinung + diskussion 12

taz shop

taz-Klebebänder

Die freundlichste Art, jemandem eine zu kleben. Auch für die Umwelt. Papier- und Plastikband (PP) können über den Papiermüll entsorgt werden.

Papier: B 5 cm, 50 Meter auf einer Rolle. PP-Band: B 5 cm, 66 Meter auf einer Rolle.



Jeweils
€ 600

10% Rabatt für taz-AbonnentInnen & taz-GenossInnen
taz Shop | taz Verlags- und Vertriebs GmbH | Rudi-Dutschke-Straße 23
10969 Berlin | T (030) 25902138 | tazshop@taz.de | www.taz.de/shop